

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Währungsrelationen und Welthandel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) :
Währungsrelationen und Welthandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv,
Hamburg, Vol. 36, Iss. 10, pp. 543-549

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132353>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

S. Geldpolitische Zeitfragen

Währungsrelationen und Welthandel

Abstimmung der Finanz- und Kreditpolitik vermeidet Störungen im Währungssystem

Sah es in den ersten Jahren nach den im Herbst 1949 durchgeführten Abwertungen der meisten europäischen und z. T. auch außereuropäischen Währungen so aus, als wären damit die erforderlichen Anpassungen der offiziellen Währungsparitäten an die tatsächlichen Kaufkraftparitäten im wesentlichen — zum mindesten sofern es sich um die Währungen der weltwirtschaftlich führenden Industrieländer handelt — vollzogen und diese damit endgültig stabilisiert, so führte die seitherige Entwicklung schließlich doch zur Entstehung neuer Unausgeglichheiten der Zahlungsbilanzen, die in zunehmendem Maße die Aufrechterhaltung der seit Herbst 1949 geltenden offiziellen Währungsparitäten erschweren.

Gleichgewichtsstörungen

Schon seit Jahren kann die Aufrechterhaltung der offiziellen Parität des französischen Franc nur noch mit Hilfe einer außerordentlich weitgehenden staatlichen Exportsubventionierung bei gleichzeitiger zusätzlicher Einfuhrbelastung erfolgen, ohne die der Ausgleich der französischen Zahlungsbilanz nicht mehr möglich wäre. Ähnlich ist auch die Lage in Japan, wo zu diesen Maßnahmen noch sehr weitgehende direkte Einfuhrbeschränkungen durch Kontingentierung usw. hinzukommen. Auch die Zahlungsbilanzsituation Großbritanniens hat gerade in den beiden letzten Jahren, nachdem sie in den Jahren 1951/52 schon einmal ausgesprochen kritisch gewesen ist, sich wieder in einer gefährlichen Weise verschlechtert,

wie aus der ständigen Abnahme der Gold- und Devisenreserven seit dem 2. Halbjahr 1954 hervorgeht. Auf der anderen Seite weist die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland nach der Überwindung der zeitweilig im Jahre 1951 entstandenen kritischen Situation ständig zunehmende Überschüsse auf, die sich in dem ununterbrochen schnellen Anstieg der Gold- und Devisenreserven der Bank deutscher Länder niederschlagen, von denen so starke expansive Kräfte ausgehen, daß ihre Bändigung gerade in diesem Jahre zu dem alle übrigen konjunkturpolitischen Aufgaben überschattenden Hauptproblem der Konjunkturpolitik geworden ist. Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch in der Zahlungsbilanzentwicklung der meisten überseeischen Agrar- und Rohstoffländer, die mit gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Es versteht sich, daß diese Gleichgewichtsstörungen in der Zahlungsbilanzentwicklung schon jetzt in zunehmendem Maße den internationalen Austausch von Gütern und Leistungen hemmen und die einzelnen Regierungen zu immer schärferen Gegenmaßnahmen verschiedenster Art veranlassen, die von den betreffenden Volkswirtschaften schmerzlich empfunden werden.

Divergierende Finanzpolitik

Geht man den Gründen dieser so starken Divergenz in der Entwicklung der Zahlungsbilanzen und damit auch der Währungssituation in den einzelnen davon betroffenen Ländern nach, so stellt

es sich bei näherer Betrachtung sehr schnell heraus, daß, von einigen Sonderfällen abgesehen, in denen für die Entwicklung der Zahlungsbilanz eines Monokulturlandes weniger dessen eigene Wirtschaftspolitik als vielmehr die Entwicklung des Weltmarktpreises für sein Haupterzeugungs- und Exportprodukt bestimmend war, die Hauptursache fast durchweg in einer unterschiedlichen Finanz- und Kreditpolitik lag, die zu einer entsprechend unterschiedlichen Entwicklungstendenz des allgemeinen Preis- und Kostenniveaus führte. Diese unterschiedliche Wirtschaftspolitik wiederum hatte eine entsprechende Veränderung der Kaufkraftparitäten der betreffenden Währungen gegenüber den übrigen Währungen und damit auch der Wettbewerbslage der in Frage kommenden Länder den anderen Ländern gegenüber zur Folge. Sind es doch durchweg Länder mit einer mehr oder weniger inflationistischen Finanz- und Kreditpolitik, die mit zunehmenden Zahlungsbilanzdefiziten zu kämpfen haben, während es umgekehrt Länder mit einer gesunden, auf die Aufrechterhaltung der Kaufkraftstabilität der Währung bedachten Finanz- und Kreditpolitik sind, deren Zahlungsbilanzen nach wie vor im Gleichgewicht bleiben oder Überschüsse ergeben. Man vergleiche z. B. von diesem Standpunkt aus die Entwicklung in den USA, Kanada, der Bundesrepublik, der Schweiz, den Niederlanden, Venezuela, den zentralamerikanischen Ländern, der Südafrikanischen Union, Libanon, Ceylon und Pakistan auf der einen Seite mit der Entwicklung in Großbritannien und in den nordischen Ländern, in

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Frankreich, Spanien, Australien, Jugoslawien, Türkei, geschweige denn in Argentinien, Brasilien, Paraguay, Indonesien, Vietnam und Südkorea oder gar der Entwicklung in Bolivien und Chile auf der anderen Seite.

Währungspolitische Korrektivmaßnahmen

Stabile Wechselkurse lassen sich nun einmal international nur dann aufrechterhalten, wenn die Kaufkraftparitäten der Währungen der an dem weltwirtschaftlichen Austausch von Gütern und Dienstleistungen teilnehmenden Länder ihrerseits keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Dieses ist aber wiederum nur möglich bei einer entsprechenden Koordinierung der für die Entwicklung des Preis- und Kostenniveaus in den einzelnen Ländern ausschlaggebenden Finanz- und Währungspolitik, was auf eine ständige gegenseitige Abstimmung der konjunkturpolitischen Maßnahmen der einzelnen Länder hinausläuft.

Vor dem ersten Weltkrieg sorgte der Mechanismus der Goldwährung für eine solche Abstimmung automatisch. Diese Automatik fehlt eben heute mit der Folge, daß die sich hieraus ergebenden Divergenzen notwendigerweise zu entsprechenden Spannungen in der

Gestaltung der Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder führen, die die Aufrechterhaltung der Stabilität der Wechselkurse auf die Dauer unmöglich machen. Wichtig ist es, in diesem Zusammenhang klar zu erkennen, daß eine autonome Finanz- und Kreditpolitik, die zu einer divergierenden Entwicklung des nationalen Preis- und Kostenniveaus im Vergleich zu dem internationalen führt, für die betreffenden Länder schließlich doch keine dauerhaften Vorteile bringt, denn sie werden genau so wie früher unter dem Regime einer reinen Goldwährung allein schon aus Zahlungsbilanzgründen schließlich immer wieder gezwungen, die zur Wiederherstellung des gestörten Zahlungsbilanzgleichgewichts erforderlichen finanz- und währungspolitischen Korrektivmaßnahmen zu ergreifen, nur daß diese Maßnahmen im Gegensatz zu der Situation vor dem ersten Weltkrieg jetzt nicht mehr rechtzeitig automatisch, sondern fast durchweg erst mit erheblicher Verspätung ad hoc ergriffen werden und dementsprechend viel drastischer ausfallen müssen, als es bei einem rechtzeitigen automatischen Korrektiv erforderlich wäre. Sie werden denn auch jeweils um so schmerzlicher empfunden. (v. G.)

ENGLAND: Valutarische Maßnahmen sind nicht diskutabel

London, den 9. Oktober 1956

Seit Ausbruch der Suez-Krise ist das Pfund Sterling ständigem, wenn auch wechselndem Druck ausgesetzt, und die britische Währungskontrolle mußte zeitweise in stärkerem Maße nicht nur zur Stützung des amtlichen Kurses, sondern auch zugunsten des „transferable account“-Pfundes eingreifen. Der amtliche Kurs ist nach wie vor nahe der unteren Grenze des amtlich tolerierten Spielraums von 2,78—2,82 \$, während das „transferable account“-Pfund bis auf 2,75 \$ fiel, sich aber bis Anfang Oktober auf 2,76 \$ erholte; der Kurs für Security-Sterling liegt noch immer bei 2,60 \$. In den Augen des Auslandes müssen diese Werte Mißtrauen erwecken. Es ist

deshalb wichtig, darauf hinzuweisen, daß man sie in der Londoner City nicht tragisch nimmt.

Technisch und spekulativ bedingte Kursbewegungen

Man argumentiert etwa folgendermaßen: Das erste Halbjahr 1956 brachte dem Pfund Sterling eine fühlbare Entlastung. Die Zunahme der Goldreserven um über 100 Mill. £ kam der Zuwachsrate von 300 Mill. £ im Jahr, die verantwortlichen Kreisen als ideal vorschwebt, schon recht nahe. Eine Reaktion war aus jahreszeitlichen wie aus markttechnischen Gründen zu erwarten. Nachdem die DM-Aufwertungsgerüchte und die Möglichkeit einer weiteren Runde von Lohn- und Preissteigerungen in England sowieso schon Baisse-

spekulationen in Sterling begünstigten, mußte der psychologische Schock des Suezkonflikts, von seinen derzeit geringen tatsächlichen Auswirkungen abgesehen, sich vorübergehend ungünstig auf die Sterlingwährung auswirken.

Auf lange Sicht braucht das aber nicht zu beunruhigen, und auf kurze Sicht auch nur, weil die Sterling-Goldreserven absolut zu niedrig sind. Die britische Währungskontrolle hätte sich also wie bisher am „transferable account“-Pfund desinteressieren können, in der berechtigten Annahme, daß sich ein weiterer Kursfall auf diesem begrenzten Markt früher oder später selbst korrigieren würde. Sie tat es nicht, hauptsächlich wohl, weil eine solche Korrektur eher später als früher erfolgt wäre, inzwischen aber der Spekulation, auch in der Warenmarkt-Arbitrage, weiteren Auftrieb gegeben hätte. Zudem hat die Spernung der ägyptischen Sterlingguthaben dazu geführt, daß gewisse früher in normalen Pfunden abgewickelte Transaktionen entweder in fremden Währungen oder in „transferable account“-Sterling erfolgen. Diese Art Sterling ist also wichtiger geworden und läßt sich nicht einfach ignorieren, ebenso wie die Schwäche von Termin-Sterling, obwohl sie ausschließlich spekulativ bedingt ist, den britischen Währungsbehörden noch einige Sorge bereitet.

Inflation und Suez-Konflikt

In Londoner Bankkreisen haben diese teils technisch, teils spekulativ bedingten Kursbewegungen kaum beunruhigt. Solange der Suez-Konflikt auf der diplomatischen Ebene bleibt, sind seine Kosten für England und den Sterlingblock durchaus tragbar. Die für diesen Herbst erhofften Abstriche vom Verteidigungshaushalt müssen zwar unterbleiben, gewisse Rohstoffe sind teurer geworden, manche Importe kosten die überseeischen Sterlingländer mehr, kostbare Dollar werden in kleinerem Rahmen anstelle von Sterling ausgegeben. All dies brauchte aber das Pfund nicht zu schwächen, zumal der Sterlingblock in mancher Hinsicht auch vom Suez-Konflikt profitiert. Man fragt

sich jedoch in der City, ob bei längerer Dauer des Konflikts die inflationären Kräfte in der Welt nicht wieder die Oberhand gewinnen müssen, insbesondere wenn eine vollständige oder teilweise Schließung des Kanals zur Benutzung teurerer Rohstoffquellen und Schifffahrtswege zwingt.

Die Inflationsgefahr schwebt der englischen Bankwelt und Industrie immer vor Augen, und die betont kühle Aufnahme der Regierungswünsche nach Mäßigung in Lohnforderungen durch die Gewerkschaften läßt es im Augenblick noch zweifelhaft erscheinen, ob der Preis-Lohn-Spirale nun wirklich die Spitze abgebrochen ist. Löhne und Lebenshaltungskosten sind nun schon seit April unverändert, die Nachfrage nach Konsum- und Kapitalgütern ist stabil, die Ausfuhr zeigt steigende Tendenz, die industrielle Expansion verläuft ruhiger, die Fundierung der Staatsschuld macht langsame Fortschritte, die Verknappung von Bank- und Hypothekenkredit verläuft planmäßig, die Spartätigkeit nimmt zu — alles Anzeichen, daß sich die britische Wirtschaft in der gewünschten Richtung bewegt.

Stabilität ist Voraussetzung für Expansion!

Die Freisetzung von Arbeitskräften in den überschnell entwickelten Dauerkonsumgüterindustrien, vor allem in den Automobilfabriken, hat aber den anderen Produktionszweigen noch nicht viel geholfen. Im ganzen gesehen stagniert die industrielle Erzeugung zur Zeit in England. Das war vielleicht nach dem inflationär bedingten Produktionsanstieg im vorigen Jahr vorübergehend unvermeidlich, macht aber Lohnerhöhungen, die unter den obwaltenden Umständen nur durch Produktionszunahme gerechtfertigt werden können, unmöglich, wenn die so mühselig erreichte Stabilität nicht preisgegeben werden soll. Deshalb kommt es dem Schatzkanzler jetzt hauptsächlich darauf an, die Preise auf dem jetzigen „Plateau“ zu halten, wobei ihm die private und sozialisierte Wirtschaft hilft, und so schnell wie möglich Produktion und Export weiter zu steigern.

Irgendwelche valutarischen Maßnahmen kommen zur Erreichung dieses Ziels nicht in Betracht. Absolute Stabilität der Sterlingwährung ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die erstrebte Wirtschaftsexpansion ohne inflationäre Reizmittel oder Nebenwirkungen, insbesondere jetzt, da alles, was in England geschieht, im Ausland unter die Lupe genommen wird. Weitere Schritte auf dem Wege zur freien Sterling-Konvertierbarkeit stehen ebenso wenig zur Diskussion wie irgendwelche Veränderungen im Verhältnis des Pfundes zu anderen Währungen. Die kategorischen Erklärungen verantwortlicher britischer Sprecher zu diesem Punkt sind ernst gemeint und werden von allen Finanz- und Handelskreisen unterschrieben. Britische Industrielle halten ihre Preise durchweg für international konkurrenzfähig, insbesondere auf den umstrittenen Hartwährungsmärkten, wie denn auch der Sterlingblock als ganzes kommerziell leistungsfähig ist, aber finanziell durch die politischen Ungewißheiten und die

dadurch bedingten Kapitalbewegungen in ständiger Unruhe gehalten wird.

Symbiose von Präferenz- und Freihandelssystem

Londons Vertrauen in die kommerzielle Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft und die allgemeine Anschauung der City, daß währungspolitische Maßnahmen weder nützlich noch opportun wären, erklären die für viele Beobachter überraschende Wendung in der britischen Handelspolitik, die aktiv an einer Kombination von Commonwealth-Präferenz und europäischer Freihandelszone mit Anschluß an die Messina-Zollunion arbeitet. Eine solche Symbiose wird nicht nur vom Präsidenten des Handelsamts, sondern auch vom Schatzkanzler unterstützt, und zwar insbesondere deshalb, weil sie nach Ansicht amtlicher Sachverständiger die kommerzielle Position des Sterlingbereichs und damit die finanzielle Widerstandskraft der Sterlingwährung stärken und inflationären Tendenzen inner- und außerhalb Großbritanniens entgegenwirken könnte. (A)

FRANKREICH: Künstliche Parität ist Schicksal

Paris, den 8. Oktober 1956

Für alle Wirtschaftskreise und auch für die Regierungssachverständigen bis zum Gouverneur der Bank von Frankreich ist es ein offenes Geheimnis, daß der französische Franc international um etwa 15% überbewertet ist und die konkurrenzmäßigen und sonstigen Verzerrungen, unter denen die französische Wirtschaft leidet, weniger strukturellen Disproportionen als vielmehr der künstlichen Währungsparität zuzuschreiben sind, deren Richtigstellung theoretisch die Eingliederung Frankreichs in einen einheitlichen europäischen Markt ganz erheblich erleichtern würde. Trotzdem findet man augenblicklich in Frankreich sehr wenige Fürsprecher einer Abwertung. Die Zahl ihrer Anhänger ging übrigens in den letzten Monaten recht fühlbar zurück. Noch vor ungefähr einem Jahr gab es in dieser Beziehung innerhalb

der französischen Industrie zwei nach außen hin, wenn auch mit der erforderlichen Diskretion, in Erscheinung tretende Tendenzen. Die am Export interessierten Industrien hielten eine Abwertung für zweckmäßig, die von der Rohstoffzufuhr abhängigen Betriebe bekämpften sie jedoch heftig. Inzwischen trat eine Verwischung dieser Gegensätze ein, nicht zuletzt weil das System der Exporthilfe einigermmaßen befriedigend arbeitet und die ausländische Konkurrenz auf dem französischen Binnenmarkt durch Einfuhrsonderabgaben eingeschränkt wird.

Verpafte Möglichkeiten

Der Franc verlor sein internationales Gleichgewicht im Herbst 1951, als im Anschluß an die Koreakrise und deren Auswirkungen auf die Weltrohstoffmärkte aus rein innerfranzösischen Gründen vorwiegend spekulativer und sozialdemagogischer Art die fran-

zösischen Preise plötzlich um rund 15 % stärker in die Höhe schnellen als das Weltmarktniveau. Die damalige Regierung erwog für 1952 eine Anpassung der Währungsparität nach einer gewissen Konsolidierung der Verhältnisse. Pineaus Experiment der Preissenkung und der Wiederherstellung der Stabilität widersetzte sich zwangsläufig der Verwirklichung dieses Planes. Er wurde allerdings 1953 von dem Finanzminister Edgar Faure wieder aufgegriffen und hätte normalerweise dank der Goldenthörung und der allgemeinen Rückkehr des Vertrauens in die Währung verwirklicht werden können, wenn nicht plötzlich im August jenes Jahres eine sehr gefährliche Streikbewegung, deren wirtschaftliche Folgen schließlich aufgefangen werden konnten, ausgebrochen wäre. Von einer Abwertung in dem hierfür erforderlichen ruhigen Klima konnte nicht mehr die Rede sein. 1954/55 erhoffte man sich den günstigen Augenblick von der Verwirklichung der Konvertierbarkeit durch Großbritannien, Deutschland, die Beneluxstaaten usw. Frankreich hätte sich dieser allgemeinen Bewegung anschließen müssen mit der selbstverständlichen Notwendigkeit, seine Währungsparität zu berichtigen, wofür Wirtschaft und Sparkapital das erforderliche spekulationsfreie Verständnis aufgebracht hätten. Inzwischen rückte die internationale Konvertierbarkeit wieder in weite Ferne, während in allen Ländern und auch in Frankreich durch die Wirtschaftsexpansion bedingte inflationistische Tendenzen zu beobachten sind mit dem ersten Gebot, die Preise auf jeden Fall zu halten.

Preisstabilität geht vor!

Die Priorität der Preisstabilität wird augenblicklich von der überwiegenden Mehrheit der französischen Wirtschaft und von den Währungssachverständigen selbst über die Grenzen Frankreichs hinaus unter Zurückstellung der theoretisch unverändert berechtigten und erforderlichen Abwertung anerkannt. Die Dinge liegen sehr einfach. In der jetzigen Atmosphäre des Inflationsdrucks würde eine Abwertung in Frankreich un-

vermeidlich eine spekulative Preisbewegung und damit eine bedenkliche Inflationswelle auslösen. Der Mann auf der Straße ist der festen Überzeugung, daß eine Abwertung von z. B. 15 % automatisch seine interne Kaufkraft um 15 % verringere und er infolgedessen das Recht habe, seine eigenen Verkaufspreise in gleichem Ausmaß in die Höhe zu setzen oder eine entsprechende Lohnaufbesserung zu verlangen. Aber auch wirtschaftlich denkende Kreise unterliegen dieser Vorstellung. Dabei wurde statistisch ermittelt und nachgewiesen, daß im äußersten Falle eine Abwertung von 15 % die französischen Preise durch Verteuerung der Einfuhren, die sich vorübergehend sehr wohl durch Subventionen ausgleichen ließe, nur um 3 % erhöhen werde. Diese statistischen Wahrheiten fallen aber psychologisch nicht ins Gewicht.

Man muß auf den günstigen Augenblick warten!

Wie lange dieser Zustand noch andauern kann und wird, läßt sich schwer voraussagen. Er vermag

ein sehr plötzlich Ende zu finden, wenn es der französischen Regierung in den kommenden Wochen nicht gelingt, die Lebenshaltungskosten zu stabilisieren und der gleitenden Lohnskala zu entgegen. Jede auch noch so kleine allgemeine Lohnerhöhung müßte unter den jetzigen Umständen zu einer inflationistischen Preisbewegung führen und damit das Währungsgefüge völlig unhaltbar machen. Tritt jedoch diese Katastrophe nicht ein, muß Frankreich für die Anpassung seiner Währungsparität an die Weltmarktrealität weiterhin auf den psychologisch günstigen Augenblick der spekulationsfreien inneren Entspannung warten. Er erscheint heute ebenso entfernt wie die internationale Konvertierbarkeit der Währungen. Erste Voraussetzung hierfür wäre eine glückliche Beendigung des algerischen Abenteuers. Vielleicht bringt auch eines Tages die weitere Entwicklung zur europäischen Einheit die lang erhoffte Chance einer klärenden Lösung. (A. F.)

ITALIEN: Kampf um innere und äußere Stabilität

Mailand, den 12. Oktober 1956

Während in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, Großbritannien und Frankreich das Verhältnis der fremden Währungen zu der eigenen als wichtiges Problem des öfteren zur Diskussion steht, scheinen derartige Fragen in Italien durchaus im Hintergrund zu stehen und nur vereinzelt angeschnitten zu werden. Viel eher ist man in den italienischen Wirtschaftskreisen geneigt, von allen „persönlichen“ Wünschen abzusehen und der Währungsstabilität im Innern und gegenüber dem Ausland als einzigem Problem Vorrang einzuräumen.

Als nach Ende des Krieges die italienische Regierung das Heft wieder fest in der Hand hatte, war es ihre erste Sorge, der drohenden Inflation Einhalt zu gebieten. Bestimmt ist es als eine bedeutende Leistung zu werten, daß der Wert der Lira, der ins Nichts zu

versinken drohte, sich 1948 befestigte, was entscheidend zur Gesundung der Wirtschaft und zum Wiederaufbau des Landes beitrug.

Die sich damals als so fruchtbar erweisende und auch weiterhin befolgte Finanzpolitik wird nach ihrem Verfechter mit einem Schlagwort allgemein als „Linea Pella“ bezeichnet. Sie sieht vor, daß die Staatsausgaben die Staatseinnahmen in keinem Fall überschreiten dürfen bzw. daß zusätzliche Einnahmequellen geschaffen werden müssen, bevor weitere Ausgaben bewilligt werden.

Bedrohliche Anzeichen

Während nun in den letzten Jahren die Lira sowohl ihre Kaufkraft als auch ihren Wechselkurs weitgehend bewahrt hat, kündigt sich seit einigen Monaten ein besorgniserregendes Absinken der Kaufkraft an, was sich über kurz oder lang wohl auch auf die Parität der übrigen Währungen auswirken dürfte. So ist im Laufe der

letzten 12 Monate der Index der Großhandelspreise um rund 4% und der Index für Lebenshaltungskosten um 5% gestiegen, während beim Lohnindex die Zunahme vorerst rund 4% beträgt, doch wohl bald auf 6% ansteigen wird, sobald die gleitende Lohnskala und die kürzlich zugestandenen Lohnerhöhungen sich voll auswirken werden. Hinzu kommt, daß die ungünstigen Witterungsverhältnisse des letzten Frühlings sowie die Preissteigerung gewisser Einfuhrrohstoffe auf dem internationalen Markt in einigen Sparten die Preise besonders hoch getrieben haben. Das Defizit der Handelsbilanz schwillt weiter an (1954: 500,5 Mrd., 1955: 530,5 Mrd., Jan.-Juni 1956: 331,6 Mrd. Lire).

Es mag an Hand dieser Überlegungen vielleicht erstaunlich erscheinen, daß der Wechselkurs in den letzten Jahren nur in einem relativ beschränkten Rahmen Schwankungen unterworfen gewesen ist. Die Erklärung hierfür läßt sich wohl vor allem darin erblicken, daß die Einkünfte aus dem Fremdenverkehr und den Emigrantenrimessen dermaßen zugenommen haben, daß der Passivsaldo der Zahlungsbilanz sich in relativ bescheidenen Grenzen halten konnte (1954: 46 Mrd., 1955: 26 Mrd. Lire).

Mangelnde Tatkraft

Fraglich ist allerdings, ob und wie lange noch die Lira sich auf dem jetzigen Niveau wird halten können. Was die innere Stabilität betrifft, ist der Regierung in letzter Zeit wiederholt vorgeworfen worden, aus Schwäche, Unvermögen

und Furcht vor Unpopularität die Dinge sich selbst überlassen zu haben. Wahrscheinlich hätte sie mit gewissen Zollermäßigungen oder einer elastischeren Politik der Devisentechnik manche Verteuerung vermeiden können.

Bis zu welchem Punkt die Regierung tatsächlich imstande gewesen wäre, sich vorzuwagen, und was sie hätte unternehmen sollen beziehungsweise können, sind wohl schwer zu beantwortende Fragen. Es mag immerhin festgestellt werden, daß sie etwa Ende 1955 die „Linea Pella“ verlassen hat, wie Schatzminister Gava unter Protest hervorhob, als er letzten Januar seine Demission einreichte, weil Ministerpräsident Segni den Staatsbeamten Gehaltserhöhungen bewilligt hatte, die die Staatskasse mit weiteren 260 Mrd. Lire belastet hätten, ohne daß diese Mehrausgabe bei der ohnehin schon kritischen Lage des Staatshaushaltes durch entsprechende Einnahmen gedeckt wurde.

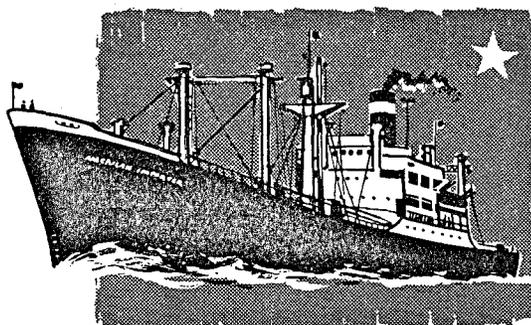
Gegenkräfte

Was hingegen das Gleichgewicht gegenüber dem Ausland betrifft, ist kürzlich das Gesetz über die ausländischen Investitionen in Italien verabschiedet worden, das dem ausländischen Kapital besonders attraktive Anlagemöglichkeiten in Italien bieten soll. Bisher ist nicht nur von privater ausländischer Seite den sich damit bietenden günstigen Bedingungen Interesse entgegengebracht worden, sondern auch von Seiten ausländischer Regierungen. Es sei hierbei auf die Verhandlungen mit Vertretern der französischen und der

deutschen Regierung hingewiesen. Die Internationale Bank in Washington (IBRD) ist bereit, nach dem 90 Mill. \$-Kredit, den sie der „Cassa del Mezzogiorno“ (der Finanzierungsstelle für die öffentlichen Arbeiten in Süditalien) gewährte, einen weiteren Kredit von 75 Mill. \$ einzuräumen.

Abgesehen davon sind Kräfte am Werke, die auf einen Ausgleich hinarbeiten. Einerseits haben zwischen der Arbeitgeberorganisation „Confederazione Generale dell'Industria Italiana“ und den Gewerkschaften Verhandlungen begonnen, die auf eine Abschaffung oder mindestens Umgestaltung der gleitenden Lohnskala (die wohl zu Recht als eine der Hauptursachen für die Gleichgewichtsstörungen zu betrachten ist) hinzielen. Andererseits hat es Italien als Mitglied der EZU nicht nötig, seine Beziehungen zu den anderen EZU-Staaten durch devisentechnische oder Außenhandelsmaßnahmen in irgendeiner Weise zu beschränken.

Immerhin ist es verständlich, daß die italienische Währungsstelle sich im Hinblick auf das prekäre finanzielle Gleichgewicht gegenüber dem Ausland ständig behindert fühlt und infolgedessen etwaigen Wünschen dieses oder jenes Wirtschaftszweiges auf Veränderungen der Währungsrelationen nicht Rechnung tragen kann. Es darf in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, daß bisher die italienischen Finanzbehörden in ihrem Streben nach größtmöglicher Stabilität der Lira allgemeine Zustimmung fanden. (G. F.)



Frachtschnelldienste nach den USA

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS

WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN

WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HÄFEN, ENGLAND UND FRANKREICH

SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,

JACKSONVILLE, PORT EVERGLADES



HAMBURG,
BALLINDAMM 1, TEL. 3216 71
BREMEN,
BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 2.15 61
BREMERHAVEN,
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

SCHWEIZ: Währungspolitik ist auf Parität ausgerichtet

Zürich, den 10. Oktober 1956

Auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds hat dessen neuer Direktor Per Jacobsson erklärt, er erwarte mit Spannung die Aussprache des Ministerrats der OEEC über die Währungsrelation innerhalb der EZU-Länder. In zuständigen Schweizer Bankkreisen, die mit Jacobsson in den 25 Jahren seiner Wirksamkeit in Basel so oft einer Meinung waren, geht man in diesem Fall nicht mit ihm einig. Es entzieht sich zwar unserer Kenntnis, welche Stellung die Regierung auf der Tagung Ende dieses Monats einzunehmen gedenkt, aber außerhalb des engsten Kreises findet man das von Minister Erhard aufgeworfene Problem nicht besonders aktuell, wenigstens nicht für die Schweiz.

„Die Konkurrenzfähigkeit zurückgewonnen“

Vor wenigen Tagen noch hat Dr. H. Homberger, Delegierter des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, der Spitzenorganisation der Schweizer Industrieverbände und Handelskammern, in einer Rede lapidar erklärt: „Die schweizerische Wirtschaft hat ihre Konkurrenzfähigkeit zurückgewonnen.“ So ist es also einmal anders gewesen. Als Großbritannien 1949 abwertete und die übrigen europäischen Währungen ihm folgten, hat die Schweiz nicht mitgemacht. Damals sah vor allem die Hotellerie sorgenvoll in die Zukunft und beklagte das Fernbleiben der britischen Gäste. Aber inzwischen ist diese Sorge geschwunden. Löhne und Preise haben sich über die Koreakrise hinweg stabiler gehalten als in den übrigen Ländern, so daß sich die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten trotz der verschärften Konkurrenz, für die aber niemand die Währungsrelationen verantwortlich macht, gebessert hat. Eine Ausnahme bildet allerdings die Auffassung von Professor Alfred Bosshardt an der Handelshochschule in St. Gallen, der in der Zeitschrift „Außenwirtschaft“ seit Monaten die These der unterbewerteten D-Mark vertritt.

„Deutschland“, so schreibt er im Septemberheft, „ist nur der wichtigste, aber keineswegs der einzige Fall einer unterbewerteten Währung, so wie es auch überbewertete Währungen im EZU-Raum geben soll.“ Der Schweizer Franken hält nach Bosshardt die richtige Mitte.

Von keiner anderen Seite in der Schweiz, weder von Wissenschaftlern noch von Regierungsstellen, weder von Bankiers noch von Männern der Wirtschaft, ist das Problem der Währungsparitäten in den letzten zwei Jahren erörtert worden. Auf der Tagung der Schweizerischen Bankiervereinigung Ende September hat Bankdirektor Würgler in seiner Präsidialadresse vielmehr den Wunsch geäußert, die schweizerische Verrechnungsstelle möchte auf die Abrechnung innerhalb der EZU mit jenen Ländern verzichten, „bei denen die Voraussetzungen für einen freien Zahlungsverkehr mit der Schweiz weitgehend gegeben sind.“ Daß er damit in erster Linie an die Bundesrepublik, dann aber auch an die Beneluxländer gedacht hat, liegt wohl auf der Hand.

Die Schweiz verdankt ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten und auch gegenüber dem ausländischen Import auf dem Binnenmarkt — von Deutschland einmal abgesehen — dem stärkeren Preisauftrieb in den von Inflation bedrohten nahen und ferneren Nachbarländern.

Die deutsche Konkurrenz

Die Konkurrenz der deutschen Industrie wird freilich von einzelnen Wirtschaftsgruppen schmerzlich empfunden. Die Schweizer Radio-, Fernseh- und Photoindustrie kann sich kaum halten, weil das Preisgefälle zu groß ist. Auf der anderen Seite klagen einzelne Textilbranchen über die Erschwerung ihrer Exporte nach Deutschland. Die Maschinen- und die chemische Industrie stehen auf den Weltmärkten in schärfstem Wettbewerb mit der deutschen Konkurrenz. Wie oft wird nicht in den Jahresberichten und Präsidialansprachen großer und kleinerer Industrieunternehmen über diese deutsche Konkurrenz geklagt, aber

nie wird die Währungsparität verantwortlich gemacht, sondern einmal die niedrigeren deutschen Löhne, dann die hohen Zollsätze und die langfristigen Exportkredite.

Diskriminierungen

Die Klageliste anderen Ländern gegenüber ist umfassender: zu kleine Kontingente, Zusatzabgaben zu den an sich schon hohen Zöllen (Frankreich), mangelnde Berücksichtigung der Schweizer Exporte bei Devisenzuteilungen und was der bekannten Schikanen auf dem Zahlungsgebiet mehr sind. Der amerikanische Dollar wird jetzt seit Jahren durch Intervention der Nationalbank beim unteren Interventionspunkt von 4,28 sfr festgehalten, also 2% unter der offiziellen Parität. Diese Differenz spielt nach Schweizer Auffassung weder für den Importeur noch für den Exporteur eine Rolle, sie scheint auch für Switchgeschäfte nicht lohnend genug zu sein. Die stärkeren Schwankungen, denen der kanadische Dollar ausgesetzt ist, sollen den ohnehin nicht sehr bedeutenden Warenaustausch gleichfalls nicht behindern. Die Schweiz ist dem sog. Haager Club für den brasilianischen Cruzeiro nicht beigetreten, weil sie fürchtet, die anderen Mitglieder möchten ihre Abrechnungen über den Franken leiten. Dem Pariser Club für Argentinien aber gehört die Schweiz in der Erwartung an, damit ihre eingefrorenen Guthaben langsam auftauen zu können.

Der Franken ist keine Weltwährung!

Wie die ganze Politik der Schweiz ist auch ihre Währungspolitik auf Stabilität ausgerichtet. Die Kehrseite der Medaille ist die unregelmäßige Kapitalflucht in den Schweizer Franken. So droht der Schweiz jetzt, daß Ägypten seinen Zahlungsverkehr, weil London gesperrt ist, über sie abwickelt. Die Absicht Ägyptens, aus dem Sterlinggebiet auszutreten und seine Freunde bis hin nach Indien und Rot-China mitzuziehen, wirft schwere Probleme für die Schweiz auf. Dr. R. Pfenniger, Mitglied der Generaldirektion des Schweizerischen Bankvereins, gibt wohl die offizielle Ansicht wieder, wenn

er in der Schweizerischen Handelszeitung schreibt: „Eine wesentliche Voraussetzung für die Verwendung des Schweizer Franken als Weltwährung fehlt: Die Kleinheit unseres eigenen Wirtschaftsgebiets setzt dem Schweizer Franken natürliche Schranken.“ Die Schweizer Regierung und die Banken verfügen aber über langjährige Erfahrungen, um sich einer Überbeanspruchung des Franken durch das Ausland zu erwehren. So hat die Nationalbank im Kriege nur Warendollars eingelöst, nicht sog. Finanzdollars. Diese konnten nur mit einem Disagio gehandelt werden, eine Diskriminierung, die erst vor sechs Jahren verschwunden ist.

Die Schweizer Handelsbilanz innerhalb der EZU ist seit zwei Jahren zunehmend defizitär. Der Aktivsaldo schrumpft zusammen, was durchaus erwünscht ist. Die Schweiz fällt anderen Ländern also nicht mit hohen Exportüberschüssen zur Last. Alle Wirtschaftszweige wehren sich gegen Inflationsgefahren, die auch in der Schweiz sichtbar werden. Man wünschte, daß die anderen Länder die gleichen Anstrengungen machten. Der Handel braucht nach Schweizer Auffassung als wichtigste Voraussetzung Ruhe und stabile Verhältnisse. (Fr)

Das wiederentdeckte Europa

Die Wiederentdeckung Europas — diesmal nicht aus dem Gedanken der wirtschaftlichen Integration, sondern aus der Konzeption welt-politischer Machtverteilung — könnte einen weiteren Schritt zur Erweichung des polaren Dualismus bedeuten, der in den Nachkriegsjahren vorherrschte, aber durch die Herausbildung neuer politischer Schwerpunkte in New Delhi, Bandung und Peking bereits gewisse Einschränkungen erfahren hat. Auf jeden Fall könnten die neuerlichen Bemühungen um Europa einen Baustein im Gebäude des Weltfriedens bedeuten, das von den beiden Großmächten zur Konsolidierung ihrer „Gewehr-bei-Fuß-Stellung“ einmal errichtet werden muß, wenn die USA auch erst nach der Präsidentschaftswahl hierzu in der Lage sein werden.

Ob der europäische Mächteblock Wirklichkeit werden kann, hängt im wesentlichen von der Haltung Großbritanniens ab, dessen weltweite Interessen einer aktiven Hinwendung nach dem Kontinent entgegenstehen. Vielleicht dürften die Erfahrungen im Suez-Konflikt einer politischen Neuorientierung Großbritanniens förderlich sein, obwohl gerade diese Episode keine angenehme Belastung für die Beziehungen zwischen der arabischen Ländergemeinschaft und dem neuen Mächteblock darstellen dürfte, Beziehungen, die gerade für den Weltfrieden von besonderer Bedeutung wären. Wenn der europäische Mächteblock aber Wirklichkeit werden soll, kann er es nur mit einem ungeteilten Deutschland werden, so daß die künftigen Befürworter für die Wiedervereinigung in Paris und London zu finden sein müßten. Die neue Noten-Aktion der Westmächte an den Kreml könnte in dieser Linie liegen.

Abgesehen von dieser vorgezeichneten Route für unser diplomatisches Vorgehen und von unserer selbstverständlichen Pflicht, mit dem Kreml direkt in Verbindung zu bleiben, besteht aber für uns auch eine moralische Verpflichtung, den Kontakt mit den Menschen in der Ostzone aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Natürlich wissen wir alle, daß die Wiedervereinigung niemals über Pankow erreicht werden kann, und man darf von den Kontaktaufnahmen keine diplomatischen oder politischen Ergebnisse erwarten. Deshalb können solche Fühlungnahmen auch nur von Mensch zu Mensch bestehen. Aber alle Möglichkeiten, die hier vorhanden sind, sollten ausgenutzt werden. Man kann darüber geteilter Meinung sein, ob Parteifunktionäre die idealen Kontaktträger sind. Wenn sie aber solche Kontakte suchen, müssen auch sie sich im klaren sein, daß sie nur von Mensch zu Mensch sprechen können, nicht von Partei zu Partei. Voraussetzung ist, daß man gegenseitig von der Redlichkeit des Kontakts überzeugt ist. Es dürfte jedoch nicht zweckmäßig sein, wenn die Auseinandersetzungen im eigenen Hause über die Richtigkeit der verschiedenen Wege, die die Wiedervereinigung fördern könnten, allzu laut geführt werden. Denn offensichtlich gibt es doch kein alleingültiges Rezept für den richtigen Weg. (sk)

Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

Kritik am deutschen Wirtschaftswunder

Gedanken zum Bundeskongreß des DGB in Hamburg

Der Wirtschaftspraktiker, der nun schon seit Jahren den Erfolg seiner persönlichen Bemühungen tagtäglich mit den Händen greifen kann, ist stolz auf das deutsche Wirtschaftswunder; denn er sieht es zum guten Teil als sein höchstpersönliches Werk an. So ist es verständlich, wenn er kaum geneigt ist, Kritik an diesem ihm selbst so eindrucksvollen quantitativen Wirtschaftserfolg, der in steigenden Produktionsziffern, wachsendem Sozialprodukt und höherem Lebensstandard erkennbar wird, anzunehmen, zumal wenn solche Kritik von „alles besser wissenden“ Professoren oder von „neidischen und machtbesessenen“ Gewerkschaftern vorgetragen wird. Es ist durchaus begreiflich, daß Menschen, die völlig von ihrer unternehmerischen Aufgabe erfüllt und beansprucht sind, wenig Verständnis für solche Kritik haben; denn die Schattenseiten unseres sogenannten Wirtschaftswunders sind kaum im Wirtschaftlichen

zu finden. Sie liegen auf sozialem, politischem und psychologischem Gebiet. Die ursächliche Verknüpfung zwischen unseren Wirtschaftserfolgen und ihren zweifelhaften Begleiterscheinungen ist nicht für jedermann ohne weiteres erkennbar. Dem naiven Betrachter mag die Warnung des Kritikers deshalb zuweilen als böswillige Konstruktion erscheinen. In solchen Verdacht gerät derjenige besonders leicht, der, selbst in der Wirtschaft an einen sozialen Standort gebunden, seine Kritik mit Ansprüchen für sich und seine Organisation verknüpft. Es ist daher kein Wunder, daß der diesjährige Bundeskongreß des DGB von Berichten der Wirtschaftspresse begleitet wurde, die glaubten, von „Ellenbogenpolitik“ und „Radikalismus“ des DGB sprechen zu müssen, obwohl Rosenberg und Brenner sich in ihren Kongreßreden zur Wirtschaftslage sehr viel mehr um Sachlichkeit bemühten, als es vor zwei Jahren Victor Agartz